

Auszug aus dem substanziellen Protokoll 35. Ratssitzung vom 23. Januar 2019

829. 2018/337

Weisung vom 12.09.2018:

Immobilien Stadt Zürich, Ersatzneubau der Wache Wasserschutzpolizei, Mythenquai 73, Quartier Enge, Objektkredit und Erhöhung Projektierungskredit

Antrag des Stadtrats

A. Zuhanden der Gemeinde:

Für den Ersatzneubau der Wache Wasserschutzpolizei wird ein Objektkredit in Höhe von Fr. 20 970 000.– bewilligt. Die Kreditsumme erhöht oder vermindert sich entsprechend der Änderung des Baukostenindexes zwischen der Aufstellung des Kostenvoranschlags (1. April 2017) und der Bauausführung.

B. Zur Beschlussfassung in eigener Kompetenz:

Zur Weiterbearbeitung des Projekts für den Ersatzneubau der Wache Wasserschutzpolizei wird der mit STRB Nr. 93/2011 bewilligte Projektierungskredit von insgesamt Fr. 1 970 000.– vorab um Fr. 1 050 000.– auf Fr. 3 020 000.– erhöht.

Referent zur Vorstellung der Weisung / Kommissionmehrheit:

Patrick Hadi Huber (SP): *Das Thema dieser Weisung hat eine längere Geschichte hinter sich. Der ursprüngliche Eröffnungstermin lag vor dem Züri Fäscht 2016. Dieser Termin wurde in der Spezialkommission HBD/SE im Mai 2012 im Zusammenhang mit einer beantragten Umzonierung für den Neubau der Wasserschutzpolizei (WaPo) genannt. Der benachbarte Seeclub erhob Einsprachen, die durch viele Instanzen gingen und schlussendlich zu einer starken Verzögerung des Projekts führten. Per 29. Mai 2017 konnte die neue Bau- und Zonenordnung (BZO) festgesetzt werden, in der Abstandsfragen präzisiert wurden. Es ist heute bekannt, dass sich die Stadt und der Seeclub über den jetzt geplanten Neubau einig sind. Es ist aber ebenso Fakt, dass die See-Aktivitäten des Züri Fäscht 2019 noch immer aus der alten Wache polizeilich unterstützt werden. Die Kernaufgabe der WaPo sind aber nicht unsere Festaktivitäten, sondern die Gewährleistung von Sicherheit und Ordnung auf den grossen Gewässern im Stadtgebiet. Dazu gehören der Zürichsee, die Limmat, die Sihl, der Schanzengraben und der Katzensee. Die WaPo erfüllt in einem 24-Stunden-Betrieb während des gesamten Jahres die Aufgaben der Gewässerschutzpolizei, führt Seerettungen durch, fungiert als Öl- und Chemiewehr und gewährleistet die Verfolgung von Umwelt- und Gewässerschutzdelikten. Sie nimmt damit für unsere Stadt eine wichtige hoheitliche Funktion ein. Die besagte Wache am Mythenquai steht seit 1952 und dient der Bevölkerung ebenfalls als Anlaufstelle – wenn dies auch nicht aktiv beworben wird. Die Raumverhältnisse genügen den Anforderungen schon längst nicht mehr, deshalb steht auch schon seit 1990 ein zweistöckiges Containerprovisorium direkt daneben. Der Standort an sich ist für die Aufgaben der WaPo sehr gut geeignet, da eine gute Übersicht über das Einsatzgebiet besteht, die Anrückwege*

kurz sind und eine gute Verkehrserschliessung besteht. Die Kommissariatsleitung und die Fachgruppe Umweltdelikte sollen an diesem Standort zusammengeführt werden – Letztere ist zurzeit am Standort Tiefenbrunnen untergebracht. Für einen Neubau bedarf es eines Provisoriums als Zwischenlösung über die gesamte Bauzeit. Während zwei Jahren werden deshalb diverse Leistungen vom Standort Tiefenbrunnen und von einem temporären Provisorium am Hafen Enge aus sichergestellt. Beim Standort Enge ist die Einsicht in das Hafenbecken sichergestellt, was vom Standort Tiefenbrunnen aus nicht möglich wäre. Trotz Sparbemühungen wird der Neubau voraussichtlich im Mai zu einer Volksabstimmung führen. Stimmt das Volk zu, wird die Wasserschutzpolizei die neuen Räumlichkeiten bis Dezember 2021 beziehen können. Dies wäre ein halbes Jahr vor dem nächsten Züri Fäscht und zehn Jahre nach den ersten Projektierungsbeschlüssen des Stadtrats. Ich begründe nun die Mehrheit der Kommissionsmeinung. Die Kommission diskutierte über den Abstand zum Seeclub, die Aussenraumgestaltung und den Helikopterlandeplatz. Über den Aussenraum werden wir in einem noch folgenden Begleitpostulat diskutieren. Die Diskussion um den Helikopterlandeplatz führte zum Dispositivantrag, den Objektkredit um insgesamt 920 000 Franken zu erhöhen. Die Verwaltung begründete im Rahmen der Sparbemühungen den Verzicht auf den Helikopterlandeplatz gut. Dieser wird im Moment ein- bis dreimal im Monat genutzt. Für einen Notfall, der einen Helikopterflug zur WaPo unabdingbar macht, wie etwa der Einsatz eines Rettungstauchers, kann die Wiese im Dreieck Alfred-Escher-Strasse und Mythenquai genutzt werden oder gar die Strasse selbst – mit den entsprechenden Absperrungen. Das führt zu keinen Verzögerungen, da die Zeit vom Abflug des Helikopters bis zum Landemanöver für die Absicherung des Landeplatzes genutzt werden kann. Deshalb ist die Mehrheit der Kommission der Meinung, dass die 920 000 Franken eine unnötige Kostensteigerung darstellen. Unabhängig vom Ausgang der jetzigen Abstimmung hat die Kommission dieser Weisung zuhanden einer Volksabstimmung einstimmig zugestimmt.

Kommissionsminderheit:

Maria del Carmen Señorán (SVP): Die Minderheit der Kommission beantragt zusätzlich zum jetzigen Antrag einen Dispositivantrag mit einem Helikopterlandeplatz. Der Objektkredit beläuft sich damit auf 21 890 000 Franken – oder 920 000 Franken mehr. Die Kernaufgabe der WaPo ist die Gewährleistung von Sicherheit und Ordnung auf dem Wasser und dem ganzen Stadtgebiet. Je nach Lage auf dem Wasser hat sie auch sicherheits- und kriminalpolizeiliche Tätigkeiten wahrzunehmen, sowie präventive Tätigkeiten auf dem Land. Die Gewährleistung von Sicherheit und Ordnung auf dem Wasser an Grossanlässen wie dem Züri Fäscht, der Streetparade, der Seeüberquerung oder am Limmatschwimmen fallen ebenfalls in dieses breite Einsatzgebiet der WaPo. Dies bedingt eine dementsprechend angemessene Infrastruktur. Der jetzige Landeplatz dient zusätzlich den Spitälern als Notlandeplatz – wenn etwa die Rega das Kinder- oder Universitätsspital nicht anfliegen kann. Diese Möglichkeit besteht zukünftig nicht mehr. Der in der Weisung aus dem Jahr 2011 beantragte Projektionskredit sah noch einen Helikopterlandeplatz auf dem Dach vor. Die Begründung aus dem entsprechenden Antrag lautet wie folgt: «Ein Teil des Daches muss als Helikopterlandestelle konzipiert und für die Wartung von Funkantennen, Sturmwarnleuchten, Wetterstationen und Suchscheinwerfern, sowie für die Luftraumüberwachung und Koordination bei Grossanlässen zu-

gänglich sein.» Und nun folgt der wichtige Satz: «Aus Sicherheitsgründen sind so genannte Aussenlandestellen bei Polizeistützpunkten für Helikopter so zu platzieren, dass sich einerseits während der Lande- und Startmanöver keine Personen im Gefahrenbereich aufhalten können und andererseits zum abgestellten Helikopter kein Zugang durch unbefugte Personen möglich ist. Die heutige Helikopterplattform am See neben der Wache ist frei zugänglich und muss somit bei jedem Lande- und Startvorgang bewacht werden. Der Downwash des Hauptrotors bedingt zudem, dass bei jedem Start- und Landemanöver beim benachbarten Ruderklub die Wiese geräumt werden muss.» Am 23. Mai 2012 befürwortete der Gemeinderat einstimmig mit Beschlussnummer 2692 die Weisung 2011/493 zur Teilrevision Nutzungsplanung, Änderung Zonenplan/Bauordnung. In diesem Zonenplan war ein Helikopterlandeplatz auf dem Dach vorgesehen. Der bei der Stadt eingemietete und benachbarte Seeclub reichte Rekurs ein. Dieser Rekurs wurde schlussendlich abgewiesen, jedoch führte diese Verzögerung zu erhöhten Projektierungskosten. Die Minderheit der Kommission versucht Kosten dort zu sparen, wo dies sinnvoll ist, jedoch nicht dort, wo es um die Sicherheit und Gesundheit der Bevölkerung geht. In diesem konkreten Fall erachten wir die Mehrinvestition von 920 000 Franken auf eine totale Investition von über 20 000 000 Franken als sinnvoll. Gemäss Aussage von André Graf von der Stadtpolizei ist der fehlende Helikopterlandeplatz ein Verlust. Trotzdem verzichtet das jetzige Projekt aus Kostengründen auf einen Helikopterlandeplatz und sieht eine Landung auf der grünen Wiese oder der Strasse vor. Wie wir vorhin aber gerade gehört haben, sind Aussenlandestellen so zu platzieren, dass keine Personen gefährdet werden. Die neu beantragte Lösung mit den beiden Standorten ist aber genau das, was im Antrag im Jahr 2011 verbessert werden sollte. Was ist nun aber mit dieser Verbesserung passiert? Bei einer Notfalllandung muss an beiden Standorten die Gegend vor Personen und Verkehr gesichert werden. Dafür braucht es zusätzlich zwei bis drei Personen mehr als bei einer Landung auf dem Dach. Dies bedeutet, dass diese Personen entweder bereits auf der Wache verfügbar sind oder aus umliegenden Truppen hinzugezogen werden müssen. Das bereits bestehende Ressourcenproblem bei der Stadtpolizei spricht somit gegen die beiden Standorte. Gemäss WaPo eignen sich die beiden Standorte nur für Notfalllandungen und nicht für normal geplante Landungen. Das heisst zum Beispiel bei geplanten Grossanlässen wie der Streetparade oder dem Züri Fäscht, dass der Helikopter gar nicht stationiert werden kann. Vor allem stellen diese beiden Standorte eine zeitliche Verschlechterung dar. Eine Landung braucht so bis zu sieben Minuten länger als auf dem Dach. Bei einem Notfall kommt es aber auf jede Minute an. Nach Anfrage bei der Verwaltung besteht die Befürchtung, dass bei einem Bauvorhaben mit Helikopterlandeplatz mit einem weiteren Rekurs aus der Nachbarschaft gerechnet werden muss. Wer sich aber gegen einen Landeplatz verweigert, zeigt damit, dass er das Eigeninteresse über die Sicherheit und Gesundheit der Bevölkerung stellt. Die Minderheit der Kommission bittet Sie, nicht aus Kosten- oder Umweltgründen die Gesundheit und Sicherheit der Bevölkerung aufs Spiel zu setzen.

Weitere Wortmeldungen:

Andrea Leitner Verhoeven (AL): Wir stimmen der Weisung zu, so wie alle anderen Fraktionen. Der Bedarf ist unumstritten. Hinter der Gestaltung des Neubaus stehen wir

ebenfalls. 2012 wurde das Projekt mit Helikopterlandeplatz mit rund 12 000 000 Franken veranschlagt. Sieben Jahre später kommt man fast 7 000 000 Franken höher zu stehen – aber ohne den Landeplatz. Dieser wäre nochmal 1 000 000 Franken mehr. Aus Transparenzgründen sollte man den Kostensprung hier nochmals ausführen. Nur ein Teil davon ist der Verzögerung durch die Rekurse zuzurechnen. Beim Dispositivpunkt Helikopterlandeplatz hatten wir uns bis anhin enthalten, wechseln jetzt aber ins Nein. Unser Hauptargument ist die Vereinbarung zwischen Stadt und WaPo-Nachbarn, mit der das Projekt endlich einen Schritt vorankommt. Diese Vereinbarung sieht eben keinen Landeplatz vor und schlafende Hunde sollte man nicht wecken. Ausserdem konnten die Zuständigen der WaPo aufzeigen, dass es auch ohne Landeplatz geht. Ein unvernünftiger, privater Teil von mir liebäugelte mit dem Antrag der SVP, was wahrscheinlich mit meiner Faszination für Helikopter und Landeplätze zu tun hat. Diese Faszination ist an dieser Stelle aber so unpassend wie jene für Tunnels in Stadtquartieren.

Gabriele Kisker (Grüne): Das Projekt ist am Rekurs gewachsen und überzeugt heute sehr. Uns fehlt ein wenig der Bezug zum Aussenraum – die exponierte Lage am Wasser an einer Naherholungszone würde nahelegen, diesen mitzudenken. In der Kommission sahen wir lediglich den ökologischen Fussabdruck als Planungsgrundlage. Ein entsprechendes Postulat wird Brigitte Furer (Grüne) vorstellen. Wir stimmen dem Projekt mit Freuden zu.

Dr. Ann-Catherine Nabholz (GLP): Für uns ist es nicht fahrlässig, das Projekt ohne Helikopterlandeplatz zu realisieren. Die Ausführungen der Verwaltung dazu waren unser Erachtens plausibel. Wir gehen nicht davon aus, dass diese Abwägung leichtfertig geschah. Das Projekt würde mit dem Landeplatz noch eine weitere Schlaufe ziehen. Vorhin wurde übertrieben dramatisch behauptet, wir würden mit dem Verzicht auf den Landeplatz Menschenleben aufs Spiel setzen. Ich denke, es ist wichtig, dass wir jetzt bei diesem Projekt endlich einen Schritt vorwärts machen und mit der aktuellen Vorlage kommt es endlich zu einem guten Ende.

Claudia Rabelbauer (EVP): Auch die EVP wird die Weisung unterstützen – mit oder ohne Helikopterlandeplatz. Aus Sicherheitsgründen wäre es gut, an dieser Stelle einen Helikopterlandeplatz zu haben – man denke nur an die Grossanlässe, während deren es sehr schwer wäre, im Notfall einen Landeplatz für den Helikopter zu finden. Uns irritiert, dass geheime Verträge zwischen der Stadt und dem Seeclub bestehen. Da es sich um öffentlichen Raum handelt, sollte die Öffentlichkeit auch Einsicht in die Vorgänge hinter verschlossenen Türen erhalten.

Namens des Stadtrats nimmt der Vorsteher des Hochbaudepartements Stellung.

STR André Odermatt: Der Neubau hat eine Geschichte, die in mein Gemeinderatsleben zurückreicht, als noch die Stadträtin Esther Maurer im Amt war. Als ich ins Amt kam, wurde der Projektionskredit vorbereitet, der 2011 in den Stadtrat gelangte. Die gestiegenen Kosten haben etwas mit den Verzögerungen zu tun, denn Zeit kostet Geld. Auch die Rekurse haben damit zu tun, denn man musste das Projekt deswegen nochmals anpassen und Funktionalitäten prüfen. Auch die erhöhte Betriebssicherheit stellt

5 / 7

einen Kostenpunkt von 2 600 000 Franken dar. Bei solchen Verzögerungen geschieht es auch häufig, dass sich übergeordnete Gesetzgebungen verschärfen – wie es auch in diesem Fall geschah. Die kantonalen Vorgaben für die Entwässerung schreibt vor, dass die Abwässer nicht einfach in den See geleitet werden können. Das führte zu Anpassungen, die Mehrkosten von 2 800 000 Franken verursachten. Zuletzt wurden die betrieblichen Nutzungsanforderungen überprüft und durchaus zugunsten der WaPo verbessert, was zu einem weiteren 400 000-Franken-Sprung führte. In der Projektentwicklung wurde ebenfalls geprüft, wo Kosten eingespart werden könnten und da stand der Helikopterlandeplatz zur Diskussion. Es wurde sehr sorgfältig geprüft, ob die Funktionalität der WaPo auch ohne Landeplatz gewährleistet werden kann. Man kam zu einem klaren Schluss: Ja, dies ist möglich. Es gab auch noch weitere, kleinere Anpassungen, die zu Einsparungen führten. Im Rückblick war es ein steiniger Weg bis hierhin. Ich blicke nun zuversichtlich auf die Volksabstimmung und es freut mich, dass für die WaPo an dieser Stelle endlich anständige Arbeitsbedingungen geboten werden können. Das gilt auch für die Frauen, die bei der WaPo heute miserable Bedingungen in den Provisorien vorfinden. Ich bin zuversichtlich, dass die Volksabstimmung mit einer sehr grossen Zustimmung über die Bühne gehen wird.

Änderungsantrag zu Dispositivpunkt A

Die Mehrheit der SK HBD/SE beantragt Ablehnung des nachfolgenden Änderungsantrags.

Die Minderheit der SK HBD/SE beantragt folgende Änderung des Dispositivpunkts A:

A. Zuhanden der Gemeinde:

Für den Ersatzneubau der Wache Wasserschutzpolizei mit einem Helikopter-Landeplatz wird ein Objektkredit in Höhe von ~~Fr. 20 970 000.–~~ Fr. 21 890 000.– bewilligt. Die Kreditsumme erhöht oder vermindert sich entsprechend der Änderung des Baukostenindex zwischen der Aufstellung des Kostenvoranschlags (1. April 2017) und der Bauausführung.

Mehrheit:	Präsident Patrick Hadi Huber (SP), Referent; Vizepräsidentin Dr. Ann-Catherine Nabholz (GLP), Dr. Florian Blättler (SP), Dr. Mathias Egloff (SP), Brigitte Fürer (Grüne), Nicole Giger (SP), Gabriele Kisker (Grüne), Thomas Kleger (FDP), Dr. Christian Monn (GLP), Michael Schmid (FDP) i. V. von Andri Silberschmidt (FDP)
Minderheit:	Maria del Carmen Señorán (SVP), Referentin
Enthaltung:	Andrea Leitner Verhoeven (AL)
Abwesend:	Thomas Schwendener (SVP)

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 96 gegen 20 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) zu.

6 / 7

Schlussabstimmung über den Dispositivpunkt A

Die SK HBD/SE beantragt Zustimmung zum Dispositivpunkt A.

- Zustimmung: Präsident Patrick Hadi Huber (SP), Referent; Vizepräsidentin Dr. Ann-Catherine Nabholz (GLP), Dr. Florian Blättler (SP), Dr. Mathias Egloff (SP), Brigitte Fürer (Grüne), Nicole Giger (SP), Gabriele Kisker (Grüne), Thomas Kleger (FDP), Andrea Leitner Verhoeven (AL), Dr. Christian Monn (GLP), Michael Schmid (FDP) i. V. von Andri Silberschmidt (FDP), Maria del Carmen Señorán (SVP)
- Abwesend: Thomas Schwendener (SVP)

Abstimmung gemäss Art. 43^{bis} Abs. 2 Gemeindeordnung (Ausgabenbremse):

Der Rat stimmt dem Antrag der SK HBD/SE mit 113 gegen 0 Stimmen (bei 1 Enthaltung) zu. Somit ist das Quorum von 63 Stimmen für die Ausgabenbremse erreicht.

Schlussabstimmung über den Dispositivpunkt B

Die SK HBD/SE beantragt Zustimmung zum Dispositivpunkt B.

- Zustimmung: Präsident Patrick Hadi Huber (SP), Referent; Vizepräsidentin Dr. Ann-Catherine Nabholz (GLP), Dr. Florian Blättler (SP), Dr. Mathias Egloff (SP), Brigitte Fürer (Grüne), Nicole Giger (SP), Gabriele Kisker (Grüne), Thomas Kleger (FDP), Andrea Leitner Verhoeven (AL), Dr. Christian Monn (GLP), Michael Schmid (FDP) i. V. von Andri Silberschmidt (FDP), Maria del Carmen Señorán (SVP)
- Abwesend: Thomas Schwendener (SVP)

Der Rat stimmt dem Antrag der SK HBD/SE mit 113 gegen 0 Stimmen (bei 1 Enthaltung) zu.

Damit ist in Übereinstimmung mit dem Stadtrat beschlossen:

A. Zuhanden der Gemeinde:

Für den Ersatzneubau der Wache Wasserschutzpolizei wird ein Objektkredit in Höhe von Fr. 20 970 000.– bewilligt. Die Kreditsumme erhöht oder vermindert sich entsprechend der Änderung des Baukostenindexes zwischen der Aufstellung des Kostenvoranschlags (1. April 2017) und der Bauausführung.

B. Zur Beschlussfassung in eigener Kompetenz:

Zur Weiterbearbeitung des Projekts für den Ersatzneubau der Wache Wasserschutzpolizei wird der mit STRB Nr. 93/2011 bewilligte Projektierungskredit von insgesamt Fr. 1 970 000.– vorab um Fr. 1 050 000.– auf Fr. 3 020 000.– erhöht.

Mitteilung an den Stadtrat sowie amtliche Publikation am 30. Januar 2019 gemäss Art. 10 und Art. 12 der Gemeindeordnung (Ablauf der Referendumsfrist: 1. April 2019)

7 / 7

Im Namen des Gemeinderats

Präsidium

Sekretariat